

Integration als Chance – Thesen für eine moderne Integrationspolitik in NRW

Die Bundesrepublik Deutschland ist schon lange ein Zuwanderungsland. Das gilt in besonderem Maße für Nordrhein-Westfalen. Die Zuwanderer seit Mitte der 1950er Jahren haben einen bedeutenden Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes geleistet. Sie haben viele unbekannte persönliche Erfolgsgeschichten geschrieben. Ohne Zuwanderung gäbe es in Nordrhein-Westfalen seit Anfang der neunziger Jahre eine negative Bevölkerungsdynamik. Auch angesichts einer alternden Bevölkerung helfen eingewanderte Menschen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie die Zukunft der Sozialsysteme zu sichern. Zahlreiche zugewanderte Menschen haben sich in unsere Gesellschaft integriert und sind zu einem großen Gewinn für unser Land geworden.

Die FDP wendet sich an diese Zuwanderer und will ihnen auch eine politische Heimat bieten, denn viele von ihnen denken und handeln liberal. Sie erwarten, nicht als zu schützende Minderheit wahrgenommen zu werden, sondern als leistungsbereite, gleichberechtigte Mitbürger. Sie pflegen einen individuellen Lebensstil und haben mit ihrer Integrationsleistung ihre Akzeptanz unserer gemeinsamen Gesellschaft und unseres Rechtssystems unter Beweis gestellt. Gerade wir Liberale, deren Fundament ein republikanisches und kein religiöses oder ethnisches Bekenntnis ist, laden sie zur Mitarbeit in unserer Partei ein. Die FDP setzt auf die Prinzipien der Integration und Partizipation auf gleicher Augenhöhe und lehnt die Bildung von Teil- und Parallelgesellschaften ab.

Neben den vielen positiven Integrationsbeispielen sind jedoch auch zunehmend die Schattenseiten schlecht gesteuarter Zuwanderung und unzureichender Integration deutlich geworden. Daher ist es die Aufgabe der Politik, Fehlentwicklungen zu analysieren und die Weichen für eine verbesserte Integration zu stellen.

Lange Jahre hat die Politik geglaubt, Integration geschehe bei allen Zuwanderern von allein. Dies hat sich als Irrglaube erwiesen. Auch der deutsche Pass allein ist keine Gewähr für Integration. Integrationsprobleme betreffen sowohl Zuwanderer ohne deutschen Pass als auch Eingebürgerte sowie Spätaussiedler, die rechtlich immer Deutsche waren.

Bereits jetzt weisen über ein Drittel der Kinder unter 6 Jahren in Nordrhein-Westfalen eine Zuwanderungsgeschichte auf. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der Integration, welche durch den demographischen Wandel noch verstärkt wird.

Heute sind wir mit erheblichen Problemen konfrontiert, die das Ergebnis fehlender und verfehlter Integrationspolitik sind:

- Es gibt immer noch Menschen, die dauerhaft bei uns leben und deren Deutschkenntnisse nicht einmal für eine einfache Unterhaltung ausreichen.
- Die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen von Zuwanderern sind immer noch deutlich schlechter als die der einheimischen Bevölkerung,
- Die Tendenz zur Gettoisierung in unseren Städten hat nicht abgenommen, sondern sich weiter verstärkt.
- Frauen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte erfahren vielfach keine Gleichberechtigung.
- Die wechselseitigen religiösen Vorbehalte sind nicht schwächer geworden, sondern weiter gewachsen.
- Nichtintegrierte Migranten begehen überproportional bestimmte Formen der Kriminalität (z.B. Raub, Körperverletzung, Drogenhandel).

Die FDP betrachtet Zuwanderer als Gewinn für unsere Gesellschaft. Sie fordert aber dazu auf, fair und offen über Fehlentwicklungen durch mangelnde Integration in Deutschland zu sprechen.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik kann nur über Parteigrenzen hinweg erfolgen. Integrationspolitik ist für die Zukunft Deutschlands so fundamental, dass sie nicht im Wahlkampf populistisch vereinfacht und zum Schüren von Ressentiments missbraucht werden darf. Daher ist ein neuer parteiübergreifender Konsens für die Integrationspolitik notwendig, der auch über Wahlkämpfe hinweg hält.

Integration kann nur vor Ort gelingen. Die FDP trägt dem Rechnung, indem sie in diesem Bereich die finanziellen Mittel auf die Arbeit in den Kommunen ausrichtet. Gemeinsam mit Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und kommunaler Verwaltung arbeiten Liberale an einer verbesserten Integrationspolitik mit.

Liberaler Werte und Ziele in der Integrationspolitik

Eine Gesellschaft wird durch Vielfalt bereichert. Liberale begrüßen die ethnische und kulturelle Unterschiedlichkeit in unserem Land. Wir sind ein Einwanderungsland und müssen es angesichts von Globalisierung und demografischer Entwicklung auch bleiben.

Menschen sind nicht gleich, aber gleichwertig. Jede und jeder soll die Freiheit haben, sich auf der Basis der individuellen Eigenschaften, Fähigkeiten, Werte und Ziele zu entfalten.

Allerdings kann eine Gesellschaft diese Freiheit für alle nur dann gewährleisten, wenn sie ein gemeinsames Fundament hat. Dazu gehören gute Kenntnisse der deutschen Sprache, Geschichte und Kultur sowie die vorbehaltlose Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Grundwerte, auf der diese beruht. Es gibt keine Toleranz gegenüber der Intoleranz und keine Freiheit, die Freiheit anderer auszuhöhlen. Potenzielle Konflikte dürfen nicht mit einer sozialromantischen Verklärung von Unterschiedlichkeit zugehört werden.

Liberale achten die kulturelle Unterschiedlichkeit von verschiedenen Gruppen in der Bevölkerung. Eine solche Akzeptanz findet ihre Grenze aber in den individuellen Freiheitsrechten und Entwicklungsmöglichkeiten jedes einzelnen Menschen. Die Rechte der Individuen haben Vorrang vor der Kultur von Gruppen.

Fordern und Fördern, diese Grundprinzipien moderner Sozialpolitik müssen auch stärker für die Integrationspolitik gelten. Politik muss Angebote schaffen und auch die deutschen Unternehmen, Organisationen und Bürger sollten auf die Zuwanderer zugehen.

Aber jeder einzelne Zuwanderer ist in erster Linie selbst gefordert, Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen. Das betrifft vor allem Sprache, Bildung, Arbeit und Teilhabe am Leben. Jeder muss verstehen, dass der Aufenthalt im Zuwanderungsland nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten verbunden ist.

Die Aufnahmegesellschaft muss im Gegenzug eine Willkommenskultur etablieren. Deshalb sind auch alle Einheimischen aufgerufen, sich anderen Kulturen und Sprachen zu nähern und diese kennenzulernen, denn Integration ist keine Einbahnstraße. Mit einer solchen Willkommenskultur kann Neuankommenden geholfen werden, erste Hürden zu überschreiten. Aber auch bereits lange hier lebende Zuwanderer oder hier geborene Menschen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte erhalten somit das Signal, dass sie als ebenbürtiger Teil der Gesellschaft willkommen sind und ihnen bei Integrationsschwierigkeiten Hilfe angeboten wird.

Wichtig ist, dass Integration als Chance verstanden wird. Nachhaltige Integrationspolitik ist volkswirtschaftlich sinnvoll, baut interkulturelle Kompetenzen auf, die im globalisierten Wettbewerb vorteilhaft sind, und stärkt damit den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Sie ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

Verschiedene Religionen gehören inzwischen zu Deutschland. Insbesondere der Islam hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Die FDP betrachtet einen Islam, der die Grundprinzipien der Aufklärung und den liberalen Rechtsstaat achtet, achtet, als Teil der deutschen Gesellschaft. Muslime in Deutschland dürfen nicht unter Generalverdacht stehen: Religion und religiöser Fundamentalismus sind zu unterscheiden. Deshalb appelliert die FDP an alle Gruppierungen der Gesellschaft, Fundamentalismus in den eigenen Reihen aktiv zu bekämpfen. Liberale werden sich jedem Fundamentalismus entgegen stellen, der die Freiheit des Einzelnen beschränken und die in den letzten Jahrzehnten von Liberalen erkämpften Freiheitsrechte zurückdrehen will.

Liberale bestehen auf die weitgehende Trennung von Religion und Staat und verteidigen die individuellen Freiheitsrechte gegen jede Form der Fremdbestimmung, egal ob sie von Tradition oder Religion motiviert ist.

Integration durch Sprache

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist die wichtigste und notwendige Voraussetzung für Integration in unserer Gesellschaft. Sprache dient der Verständigung von Menschen und dem Verständnis füreinander. Sie ist Grundlage für Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe.

Die FDP will allen Kindern faire Chancen für ihren Lebensweg ermöglichen. Daher muss bereits im Kindergarten Sprachförderung integraler Bestandteil der pädagogischen Arbeit sein.

Die obligatorische Sprachstandsfeststellung bei allen vierjährigen Kindern, die in der vergangenen Legislatur-

periode in Nordrhein-Westfalen unter Beteiligung der FDP eingeführt wurde, ist ein unverzichtbares Instrument, um frühzeitig sprachliche Defizite zu erkennen. Die anschließende verpflichtende Sprachförderung für Kinder mit Defiziten zeigt bereits erste Erfolge. Sie muss kontinuierlich verbessert werden. Ziel der FDP ist es, dass alle Kinder vor Eintritt in die Grundschule die deutsche Sprache so beherrschen, dass sie dem Unterricht problemlos folgen können. Die Erfahrungen und Methoden der Kindergärten, in denen heute die Sprachförderung bereits sehr gut gelingt, müssen flächendeckend weitervermittelt werden. Dazu müssen die Fortbildungen der Erzieher systematisch ausgebaut werden und Beispiele gelungener Sprachförderung in flächendeckenden „Best-Practice“-Workshops vermittelt werden. Hier sind Erfahrungen zur optimalen Ressourcennutzung, zum Qualitätsmanagement und zur Bewältigung von Widerständen auf Seiten der Eltern besonders wichtig. Für die Sprachförderung muss zudem ein verbindliches Curriculum erarbeitet werden.

Der Spracherwerb der Kinder ist oftmals Anknüpfungspunkt, um eigene sprachliche Defizite zu beseitigen. Dazu soll die Struktur der von der vormaligen CDU/FDP-Landesregierung ins Leben gerufenen Familienzentren genutzt und Elternangebote verstärkt werden.

Kinder und Jugendliche, die erst im schulpflichtigen Alter nach Deutschland kommen, sollen Deutsch-Schnellkurse absolvieren, bevor sie am Klassenunterricht teilnehmen. Damit sollen sie den nötigen Sprachstand erreichen, um den Grundzügen des Unterrichts zu folgen. Darüber hinaus soll ihre Sprachförderung jedoch nicht nur punktuell, sondern kontinuierlich stattfinden.

Die FDP begrüßt Initiativen von Schulen, die in ihrer Schulkonferenz festlegen, dass die gemeinsame Sprache aller in der Schule und auf dem Schulhof Deutsch ist. Dies dient dem Ausbau der Sprachkompetenz und der Vermeidung eines negativen Sprachmixes, hilft aber auch dem Zusammenhalt und beugt der Abgrenzung einzelner Gruppen über die Sprache vor.

Während sich zahlreiche Zuwanderer durch zügiges Erlernen der deutschen Sprache erheblich leichter in die Gesellschaft integrieren konnten, gibt es immer noch viele Menschen, die bereits viele Jahre ohne ausreichende Deutschkenntnisse in unserem Land leben. Die hohe Arbeitslosigkeit unter Zuwanderern, die oftmals auf mangelnde Sprachkenntnis zurückzuführen ist, zeigt, dass an dieser Stelle dringender Handlungsbedarf besteht. Hier kommt den durch das Zuwanderungsgesetz eingeführten Integrationskursen besondere Bedeutung zu.

Der Rechtsanspruch auf Teilnahme besteht grundsätzlich nur für Neuzuwanderer, sofern deren Aufenthalt auf Dauer angelegt ist. Zwar können in der Praxis auch Zuwanderer, die bereits länger in Deutschland leben, an diesen Kursen teilnehmen. Dies wird jedoch noch nicht ausreichend genutzt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass vor Ort in den Kommunen diese Zielgruppe offensiv zu den Kursen eingeladen wird, damit nach Möglichkeit alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, teilnehmen und über ausreichend Sprachkenntnisse verfügen. Das gilt auch für bereits Eingebürgerte oder Deutsche, die in einem anderen Land aufgewachsen sind.

Das Kursziel der Integrationskurse ist erreicht, wenn sich der Kursteilnehmer im täglichen Leben in seiner Umgebung selbstständig sprachlich zurechtfinden und entsprechend seines Alters und Bildungsstands ein Gespräch führen und schriftlich ausdrücken kann. Dafür ist ein Lernumfang von 600 Unterrichtsstunden vorgesehen. Lediglich bei bestimmten Gruppen (z.B. Analphabeten) beträgt der Lernumfang 900 Stunden. Die Praxis zeigt jedoch, dass die Mehrzahl der Kursteilnehmer innerhalb dieses Rahmens das Kursziel nicht erreicht. Die FDP fordert daher, die Unterrichtsstundenzahl auf 1200 Stunden zu erweitern, so wie es vor dem Zuwanderungsgesetz für Spätaussiedler Praxis war.

Dabei sollte diese Stundenzahl keine starre Anwendung finden. Zuwanderer, die durch schnelleres Erlernen der deutschen Sprache das Kursziel erreichen, sollten entsprechend früher das entsprechende Zertifikat erhalten.

Zudem befürwortet die FDP anschließende Kursangebote zu zielführender Vertiefung der Sprachkurse, etwa im Hinblick auf ein bestimmtes berufliches Umfeld oder Kindererziehung.

Es ist im gesamtgesellschaftlichen Interesse, zu einer Regelung zu gelangen, die ein Mindestsprachniveau im Alltagsleben sichert und somit auch dazu beiträgt, Gettoisierungen zu vermeiden. Daher ist es aus Sicht der FDP richtig, unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen an den erfolgreichen Besuch von Integrationskursen zu koppeln.

Für bereits in Deutschland lebende Zuwanderer mit Sprachdefiziten sind insgesamt bedarfsorientierte und

zielgruppengerechte Angebote erforderlich, zu denen auch Beratung und Begleitung gehören sollten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass manche bisherigen Angebote nicht angenommen wurden. Die individuellen Defizite der betroffenen Zugewanderten sind genauso unterschiedlich wie ihre persönliche Motivation und ihre Möglichkeit, Angebote für eine bessere Integration zu nutzen. Daher benötigen wir ein aufeinander abgestimmtes Netz vielfältiger, auch niedrigschwelliger Maßnahmen. Dies kann der Staat nicht allein leisten. Hier sind gesellschaftliche Akteure vieler Ebenen und Bereiche gefordert.

Für die erste Generation der Zuwanderer aus den 1950er und 1960er Jahren sollte das nachholende Erlernen der deutschen Sprache jedoch nicht forciert werden. Nachdem jahrzehntelang kaum Sprachförderung angeboten wurde, kann die Gesellschaft von Senioren nicht plötzlich das Erlernen der Sprache verlangen. Dies sollte auch bei der Einbürgerung berücksichtigt werden. Das Angebot muttersprachlicher Betreuung kann jedoch auch für diese Altersgruppe einen Beitrag zur Integration leisten.

Die FDP tritt dafür ein, dass Sprachkurse von Zuwanderern bereits im Herkunftsland wahrgenommen werden. Dies gilt insbesondere für den Familiennachzug. Die Verpflichtung zum Erwerb eines Grundwortschatzes („Überlebenswortschatzes“) im Heimatland für einen auf Dauer angelegten Familiennachzug ist daher gerechtfertigt.

Integration durch Bildung

Der integrative Prozess muss frühzeitig beginnen, gestützt durch die verbindliche Sprachförderung vor der Einschulung und dem Ausbau der Ganztagesbetreuung. Ziel ist es, den Zugang zu allen Bildungsgängen für Zuwanderer zu verbessern. Dies soll durch gezielten Förderunterricht unterstützt werden. Wichtig hierbei ist die Einbeziehung der Eltern, indem ihnen der Wert der Bildung und der Stellenwert der Sprachkenntnis für Perspektiven und Lebensqualität ihrer Kinder vermittelt werden.

Die Teilnahme an Klassenfahrten und Sportunterricht muss verpflichtend sein. Die Schulpflicht steht für Liberale nicht zur Diskussion und muss auch für Kinder von Flüchtlingen und Asylsuchenden gelten.

Wo die Möglichkeit besteht, sollen im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts oder freiwilliger Arbeitsgruppen auch die Muttersprachen von Schülern aus Zuwandererfamilien angeboten werden. Hierdurch kann das Verständnis für Grammatik verbessert und damit das Erlernen der deutschen Sprache erleichtert werden. Zudem fördert die Wertschätzung der Muttersprache ihrer Familie das Selbstwertgefühl der Kinder und Jugendlichen.

Die FDP tritt dafür ein, dass Mehrsprachigkeit grundsätzlich gefördert werden soll. Allerdings muss die Priorität auf dem Erlernen der deutschen Sprache liegen.

In vielen Kommunen arbeiten ehrenamtliche Helfer an der Sprachverbesserung von Kindern aus Zuwandererfamilien mit. Hausaufgabenhilfen und Patenschaften beispielsweise durch pensionierte Lehrer können die schulischen Leistungen von Zuwanderern positiv beeinflussen. Dieses bürgergesellschaftliche Engagement will die FDP vor Ort weiter unterstützen.

Die FDP will die Initiative der vormaligen CDU/FDP-Landesregierung, Bildungsvereinbarungen mit den von ihr geförderten Selbstorganisationen der Zuwanderer abzuschließen, fortsetzen und weiter ausbauen. Hierdurch wird in den Organisationen selbst der Schwerpunkt auf Bildung und Erziehung der Kinder gelegt und somit die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft des Nachwuchses vergrößert.

Kinder dürfen nicht aufgrund von Sprachproblemen auf Schulformen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen abgeschoben werden. Stattdessen sollen diese Kinder an der intellektuell für sie geeigneten Schulform eine gezielte Sprachförderung neben dem Unterricht erhalten. So wird ein Durchreichen nach unten von Kindern, die intellektuell mehr Potenzial haben, effektiv verhindert.

Ein wesentliches Ziel liberaler Schulpolitik ist es, dass kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt. Dazu will die FDP einerseits die begonnenen Programme zur Vermeidung schulischen Scheiterns fortsetzen, andererseits jedoch auch die Eltern stärker in die Pflicht nehmen. Dabei sollen auch die bestehenden Möglichkeiten zu Bußgeldern bei Schulverweigerung konsequent angewendet werden.

Die deutlich gestiegene Zahl von Schülern mit Zuwanderungsgeschichte muss bereits bei der Ausbildung

von Lehrern, Erziehern und Sozialarbeitern entsprechende Berücksichtigung finden, beispielsweise durch interkulturelle Pädagogik. Die FDP spricht sich zudem dafür aus, durch gezielte Ansprache mehr Zuwanderer für pädagogische Berufe zu gewinnen. Sie bringen nicht nur die Erfahrung der eigenen Zuwanderungsgeschichte mit, sondern können zudem wichtige Vorbildfunktion für Kinder aus zugewanderten Familien haben. Im Rahmen der Bildungspolitik müssen Lehrerinnen und Lehrer interkulturelle Kompetenzen erwerben.

Die FDP unterstützt auch eine besondere Förderung hochbegabter Jugendlicher mit Zuwanderungsgeschichte über speziell auf sie ausgerichtete Stipendiatenprogramme. Ein entsprechendes Stipendiatenprogramm fördert nicht nur die Stipendiaten selbst, sondern schafft auch hier zugleich Vorbilder für andere Jugendliche.

Integration durch Ausbildung und Arbeit

Ein wesentlicher Faktor für Integration ist die Erwerbsarbeit. Sie ermöglicht nicht nur eine eigenständige Lebensführung unabhängig von staatlichen Transfers, sondern sie ist wesentliche Voraussetzung für Selbstwertgefühl, gesellschaftliche Anerkennung und die Aufnahme von sozialen Kontakten. Für die FDP gilt daher das Ziel, dass kein Jugendlicher ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleibt.

Nachweislich erhalten Jugendliche, die erkennbar keinen Zuwanderungshintergrund haben, eine fünffach größere Chance, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden und einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Daher besteht die Notwendigkeit, Vorurteile gegen Auszubildende mit Zuwanderungsgeschichte abzubauen.

Die von der FDP mitgetragene Landesregierung hat in ihrer Amtszeit zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht, um Ausbildungsbarrieren für Jugendliche aus zugewanderten Familien abzubauen. Dazu gehören Beratungsangebote, Jugendwerkstätten und Maßnahmen zum Verhindern des Schulabbruchs. Diese Angebote müssen fortgesetzt und qualitativ stetig weiter entwickelt werden. Dabei muss auch eine Evaluierung hinsichtlich einer effizienten Ressourcennutzung erfolgen.

Besonders erfolgreich sind praxisorientierte Projekte vor Ort – gerade hinsichtlich des Übergangs von Schule und Beruf. Dazu gehören auf die Lebenssituation angepasste Beratung und Bewerbungstrainings, aber auch ehrenamtliche Mentoren, sogenannte Bildungspaten aus der Wirtschaft.

Derzeit gibt es in NRW ca. 100.000 Unternehmer und Selbstständige mit einem Migrationshintergrund. Im Gegensatz zu Unternehmern ohne Zuwanderungsgeschichte bieten selbstständige Zuwanderer seltener Ausbildungsplätze an. Institutionelle Hindernisse sind mit der Abschaffung des Ausbildernachweises teilweise beseitigt worden. Es fällt aber auf, dass das Bewusstsein für die Duale Berufsausbildung nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Dies will die FDP durch eine gezielte Informations- und Aufklärungskampagne verändern, um vor allem die Teilnahmequote junger Zuwanderer an der beruflichen Bildung - die nur halb so hoch ist wie die der übrigen Schulabgänger - auszuweiten.

Auch der Hochschulanteil junger Zuwanderer muss gesteigert werden. Die Prozesse der Prüfung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Ausbildungs- und Hochschulabschlüssen sind weiterzuentwickeln und zu beschleunigen. Dies soll ebenso für dort erbrachte Teilleistungen gelten.

Dadurch, dass zugewanderte Arbeitnehmer in der Berufsgruppe der Geringqualifizierten überrepräsentiert sind und die Nachfrage nach ungelerten Tätigkeiten seit etwa anderthalb Jahrzehnten rückläufig ist, hat sich auch die Beschäftigungsquote von Zuwanderern insgesamt rückläufig entwickelt. Erhöhte Arbeitslosigkeit von Zuwanderern ist im Wesentlichen auf das generell geringere Qualifikationsniveau zurückzuführen, das nicht nur Zuwanderer der ersten, sondern - verglichen mit Einheimischen - auch der folgenden Generationen aufweisen.

Die FDP sieht es daher auch als integrationspolitische Notwendigkeit, zur Teilhabe an der Erwerbsarbeit neben zielgruppengerechten Weiterbildungsmöglichkeiten auch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu schaffen, die Arbeitschancen für Geringqualifizierte ermöglicht.

Auf der anderen Seite gibt es hochqualifizierte Arbeitnehmer, die aufgrund immer noch verbreiteter Klischees deutlich geringere Aufstiegschancen haben. Auch heute sind Migranten in leitenden Funktionen und

Führungspositionen deutscher Unternehmen unterrepräsentiert. Die FDP wirbt dafür, dass Firmen die Chance, die sich gerade durch interkulturelle Kompetenz herausragender Zuwanderer ergibt, stärker nutzt.

Zuwanderer sind auch im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert. Dabei können sie mit Sprachkenntnissen und ihrem Verständnis für spezifische Probleme von Zuwanderern wichtige Beiträge zu einer kundenorientierten Verwaltung leisten. Daher sollten die Kommunen die Kriterien Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Elemente in ihre Personalentwicklung aufnehmen. Eine Quotierung von Zuwanderern lehnt die FDP sowohl in der freien Wirtschaft wie im öffentlichen Dienst jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Integration durch Teilhabe am politischen System in Kommunen und Parteien

Die FDP will die Qualität der politischen Partizipation von Zuwanderern voranbringen. Dazu müssen rechtliche Rahmenbedingungen wie die politische Bildung der Zuwanderer verbessert werden. Die Einrichtung von Integrationsräten in den Städten und Gemeinden ist nach der Gemeindeordnung möglich und üblich. Wir wollen dieses Instrument weiterentwickeln, indem wir die Erfahrungen aus den Kommunen auswerten, die neue Modelle der Partizipation erprobt haben.

Die von der Landesregierung und der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA) initiierten Qualifizierungs- und Fortbildungsreihe für Mitglieder der Integrationsgremien müssen sukzessive ausgebaut werden.

Die FDP bekräftigt ferner ihren Beschluss, für Zuwanderer, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, das kommunale Wahlrecht einzuführen.

Nicht nur in den Parlamenten, sondern insbesondere in den politischen Parteien sind Zuwanderer unterproportional repräsentiert. Vor diesem Hintergrund lädt die FDP ausdrücklich zur aktiven Mitarbeit gerade in der Kommunalpolitik ein. Die Liberalen wollen dabei auch verstärkt die Möglichkeit nutzen, Zuwanderer als sachkundige Einwohner in die politische Arbeit mit einzubeziehen.

Integration durch veränderte Stadtteilpolitik

Durch Versäumnisse in der Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte haben sich in nahezu jeder Stadt - nicht nur in Nordrhein-Westfalen - Problemviertel entwickelt, die überwiegend durch unattraktiven Geschosswohnungen aus den 1960er und 1970er Jahren oder verfallende Altbauwohnungen geprägt sind. Aufgrund des billigen Mietraums und oftmals der Sozialbindung der Wohnungen leben in diesen Vierteln mittlerweile überwiegend Einkommensschwache und Erwerbslose, während klassische Mittelschichtfamilien mit dem Verfall der Viertel sukzessive wegzogen. Geblieben sind oftmals einkommensschwache Zuwanderer, die auf dem Wohnungsmarkt aufgrund ihres Einkommens und ihrer Herkunft benachteiligt sind. Durch Familiennachzug, die Unterbringung zahlreicher Spätaussiedler Ende der 1980er Jahre sowie dem Zuzug von Flüchtlingen ist der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in diesen Vierteln sehr hoch, in manchen Stadtteilen liegt er bei über 80 Prozent. Die Folge sind Perspektivlosigkeit, Konflikte und Ausgrenzungen, da die sozialen Aufnahmekapazitäten und ehrenamtlichen Ressourcen in diesen Gebieten meist erschöpft sind.

Da hier das Armutsrisiko sowie schlechtere Bildungs- und Berufsentwicklungsmöglichkeiten besonders stark vorhanden sind, fordert die FDP, diese Strukturen zu durchbrechen und die Wohnquartiere zu verändern. Neben bereits vorhanden landespolitischen Programmen zur Stadtteilentwicklung bedarf es hier großer Anstrengungen der Kommunen, um unter Beteiligung von Maklern, Mietervereinen und Wohnungsbaugesellschaften zu Wohnumfeldverbesserungen zu kommen und Programme zu entwickeln, die eine Heterogenität der Wohnbevölkerung fördern. Teilabriss und Renovierungen von heruntergekommenen Wohnblöcken und Neuansiedlungen etwa von Studentenwohnheimen, die Einrichtung von Familienzentren und attraktiven Spielflächen für Kinder und Jugendliche sind dabei wichtige Instrumente. Die Konzepte erfolgreicher Maßnahmen, die verschiedene Kommunen bereits erfolgreich umgesetzt haben, müssen zielgerichtet an andere Kommunen weitergegeben werden.

Zur Identifikation mit dem eigenen Wohnumfeld sollten aus Sicht der FDP Anwohner so weit wie möglich in den Umgestaltungsprozess ihres Quartiers einbezogen werden. Neben ehrenamtlichen Integrationslotsen

können zudem hauptamtliche „Quartiersmanager“ den Wandlungsprozess in Wohnvierteln koordinieren und als zentrale Anlaufstelle die unterschiedlichen Interessen und Konflikte moderieren.

Integration durch gesellschaftliche Teilhabe

Bürgerschaftliches Engagement – in Form von Selbsthilfvereinen, Familien- und Nachbarschaftshilfen, Kultur- und Sportvereinen, Jugendarbeit, Integrationsräten, Elternarbeit und Schulhilfe – ist die treibende Kraft für die Integration. Bürgerschaftliches Engagement ist ein Zeichen der Identifikation mit dem Gemeinwesen, trägt wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und muss entsprechend gewürdigt und anerkannt werden.

Die FDP fordert, dass vermehrt Projekte zur Förderung ehrenamtlicher Integrationshelfer wie beispielsweise der Integrationslotsen, die es bereits in einigen Kommunen gibt, unterstützt werden. Solche Integrationshelfer können Zuwanderern im täglichen Leben helfen. Durch aufsuchende Stadtteilarbeit tragen sie dazu bei, vorhandene Schwellen etwa bei Arzt- oder Behördenbesuchen, aber auch bei Kontakten zu gesellschaftlichen Einrichtungen wie Vereinen und Beratungsstellen zu überwinden. Es müssen Projekte entwickelt und gefördert werden, bei denen Ehrenamtliche Patenschaften für zugewanderte Familien übernehmen und sie bei ihrer Integration unterstützen, vor allem, um Jugendliche auf ihrem Weg des Übergangs von der Schule zum Beruf zu begleiten und zu unterstützen.

Bereits erfolgreich integrierte Zuwanderer müssen verstärkt als Multiplikatoren für die Integration gewonnen werden. Sie können Hilfe zur Selbsthilfe geben, aber auch als Vorbilder dienen.

Die Kinder- und Jugendhilfe leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration und Sozialisation junger Menschen aus Zuwandererfamilien. Außerhalb von Schule, Familie und Beruf eröffnet insbesondere Kinder- und Jugendarbeit Begegnungen von jungen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Über ihre Prinzipien - insbesondere Freiwilligkeit, Partizipation und Verzicht auf Leistungsbewertung - kann sie auch Jugendliche erreichen, die für Schulen nicht oder nicht mehr ansprechbar sind. Der Austausch in diesem Freizeitbereich baut Vorurteile ab und regt den Austausch über religiöse und kulturelle Grenzen hinweg an.

Neben der Jugendsozialarbeit ist aus integrationspolitischer Sicht die offene Kinder- und Jugendarbeit mit ihren gut 2.200 Jugendeinrichtungen und 3.700 sozialpädagogischen Fachkräften in Nordrhein-Westfalen hervorzuheben. Sie sind an vielen Stellen die einzigen nicht kommerziellen Orte für Aufenthalt, Austausch und sinnvolle Freizeitgestaltung. Landesweit hat über vierzig Prozent ihrer Besucher eine Zuwanderungsgeschichte.

Voraussetzung für gelingende Integration in der offenen Jugendarbeit sind pädagogische Konzepte, die den Wunsch nach Bildung von Cliquen und Freundeskreisen mit gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen für alle Ethnien und Gruppen verbindet. Offene Jugendarbeit kann und muss milieuhafte Abschottung in Stadtteilen durchbrechen.

Gerade im Sportbereich organisieren sich viele Zuwanderer in Vereinen, die sich über ihr gemeinsames Heimatland definieren. Zwar findet in diesen Vereinen überwiegend eine sehr sinnvolle Freizeitbeschäftigung für Jugendliche statt. Doch betrachtet die FDP Vereine, die sich ausschließlich aus Mitgliedern eines Herkunftslandes oder einer Herkunftsregion rekrutieren, mit großer Skepsis. Alltagserfahrungen zeigen, dass hier Integration nicht gefördert, sondern im Gegenteil eher behindert wird. Insbesondere im Amateur-Fußball führen Wettbewerbssituationen zwischen reinen Zuwanderermanschaften und Vereinen ohne „landsmannschaftlich“ geprägte Zusammensetzung häufig zu Auseinandersetzungen und begünstigen gegenseitige Ressentiments. Dies gilt auch für die sogenannten „Kultur- oder Freizeitvereine“, die mit ihren verdeckten Fenstern kein Zeichen für kulturellen Austausch liefern. Die FDP tritt daher dafür ein, diese Problematik mit den Vereinen offen zu thematisieren und über eine Öffnung dieser Vereine zu sprechen. Durch Rahmenveranstaltungen kann die kommunale Sportpolitik zudem dazu beitragen, zwischen Vereinen mit und Vereinen ohne hohem Anteil an Zuwanderern bessere Kontakte zu ermöglichen.

Im Bereich der Gesundheit gibt es nicht nur Schwierigkeiten bei der sprachlichen Verständigung zwischen Ärzten, Pflegekräften, Therapeuten und Patienten, sondern auch beim Verstehen des kulturellen und religiösen Kontextes der Patientinnen und Patienten. Hierbei sind unter anderem das ausgeprägte Schamgefühl vor allem in islamischen Kulturkreisen sowie kulturelle Aspekte bei der Pflege und auch der Palliativmedizin

zu beachten.

Zuwanderer sollen über nötige Vorsorgeuntersuchungen ihrer Kinder aufgeklärt werden. Flyer und Präventionsbroschüren sind für diesen Zweck mehrsprachig zu verfassen. Insbesondere in den Familienzentren sollen Projekte zur Familiengesundheit gefördert werden, da hier Zuwandererfamilien optimal angesprochen werden können. Auch die Prävention von HIV/AIDS erfordert auf Zuwanderer abgestimmte Zielgruppen-Strategien.

Die FDP fordert, dass Pflegedienste und Einrichtungen, Pflegekassen, Berufsverbände, Beratungs- und Koordinierungsstellen und Kommunen gemeinsam erörtern, wie die interkulturelle Kompetenz in der Pflege gefördert werden könnte. Dabei sollten in Pflegeberufen tätige Migranten mit ihrem Erfahrungsschatz einbezogen werden. Auch hier können Integrationslotsen einen wertvollen Beitrag leisten.

Die erste Generation von Einwanderern hat das Rentenalter erreicht. Entgegen früherer Erwartungen gehen viele dieser damals als Gastarbeiter bezeichneten Menschen nicht in ihre frühere Heimat zurück, sondern bleiben in Deutschland. Die Politik hat sich darauf bisher in keiner Weise eingestellt. Fehlende Angebote führen zum Rückzug in die eigene „Community“ und zum Verlust bereits erworbener Sprachkenntnisse. Daher sind die Kommunen gefordert, in ihrer Seniorenarbeit bedarfsorientierte Angebote für alle Bevölkerungsgruppen zu machen.

Eine gute Möglichkeit zur Integration älterer Migranten bietet sich, indem sie in ehrenamtliche Strukturen einbezogen werden. Das Potenzial dieser Bevölkerungsgruppe will die FDP als Bereicherung für die Bürgergesellschaft und als Bestätigungsmöglichkeit für die Menschen selbst nutzen.

Integration verhindert Kriminalität

Die Mehrzahl der Zuwanderer ist gut integriert und kommt nicht öfter mit dem Gesetz in Konflikt als jeder andere deutsche Bürger. Dennoch gibt es in einzelnen Formen der Kriminalität einen überproportionalen Anteil an zugewanderten Straftätern.

Die Analyse von Kriminalitätsstatistiken zeigt, dass diese Straftäter überwiegend aus einem nicht in die Gesellschaft integrierten Umfeld stammen, über eine geringe Bildung und schlechte soziale Perspektiven verfügen und oftmals selber als Kinder Gewalt erlebt haben.

Die FDP lehnt eine pauschale Stimmungsmache bei der Auseinandersetzung mit diesem Problem ab, hält es jedoch für notwendig, die erhöhte Kriminalität unter nicht integrierten Zuwanderern auf den verschiedenen Ebenen sachlich zu thematisieren. Dazu gehört die sorgsame Analyse der Ursachen für die erhöhte Gewaltbereitschaft verschiedener Gruppen und die Erarbeitung differenzierter Strategien bezüglich unterschiedlicher Täterstrukturen.

Gewaltprobleme unter Jugendlichen, die sich zum Beispiel in Konflikten zwischen Jugendgangs türkischer Herkunft und Aussiedlern widerspiegeln, lassen sich nicht leugnen. Hier muss gezielt gegengesteuert werden. Ein Mittel der Integration ist der Sport, sofern er auf seine integrative Funktion ausgelegt wird. Zusätzlich sollen Angebote zur Integration unter anderem in der Kooperation von Jugendhilfe und Schule ausgebaut und durch aufsuchende Sozial-/Stadtteilarbeit ergänzt werden. Dabei sollten - wo möglich - Organisationen von Zuwanderern und Moscheevereine mit einbezogen werden, da sie oftmals einen einfacheren Zugang zu den Jugendlichen haben.

Die FDP lehnt eine Strafrechtsverschärfung ab. Auch die bisherige Gesetzgebung bietet genug Spielraum, um die Gesellschaft vor Straftätern zu schützen. Die FDP erwartet jedoch, dass parallel zu Maßnahmen der Sozialarbeit, der Verbesserung von Bildungs- und sozialen Chancen für Straftäter unabhängig von ihrer Herkunft auch die bestehenden Gesetze zur notwendigen Repression konsequente Anwendung finden.

Um insbesondere der steigenden Zahl von Straftaten jugendlicher Intensivtäter vorbeugend zu begegnen, bedarf es gezielter Maßnahmen, wie etwa im „Neuköllner Modell“. Dabei sollen sich jugendliche Täter so schnell wie möglich nach einer Tat vor Gericht verantworten und bei kleineren Delikten bereits wenige Wochen nach dem Vergehen mit Arrest bestraft werden, um eine erzieherische Wirkung zu entfalten. Neben der Bestrafung soll parallel durch aufsuchende Sozialarbeit das familiäre Umfeld in die Erziehungsmaßnahme

integriert werden. Hierfür bedarf es der engen Kooperation zwischen den Kommunen, Verbänden, Gerichten, der Staatsanwaltschaft und der Polizei. Die FDP regt an, diese Kooperation durch lokale Runde Tische zu institutionalisieren und diese überregional miteinander zu vernetzen. Um diesen Einrichtungen das nötige Gewicht zu verleihen, sollte die Federführung dieser Netzwerke direkt im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen angesiedelt sein.

Integration von Flüchtlingen und Menschen ohne Papiere

Die FDP tritt dafür ein, Flüchtlinge mit vorübergehendem Aufenthaltsstatus so weit wie möglich in die Integrationsarbeit einzubeziehen. Dazu gehören vereinfachte Arbeitszulassungen und nach Möglichkeit eine dezentrale Unterbringung zur Vermeidung von Gettoisierung.

Die FDP regt an, einen Kriterienkatalog (Sprache, Arbeit, ehrenamtliches Engagement) zu entwickeln, nachdem Flüchtlinge, die sich nachweislich in die Gesellschaft integriert haben, einen unbefristeten Aufenthaltsstatus erlangen können. Dies fördert Integrationsbereitschaft von Anfang an.

In Deutschland wie auch in anderen EU-Staaten lebt eine hohe Anzahl von Menschen ohne Aufenthaltsstatus, darunter zahlreiche Kinder. Diese Menschen ohne Papiere halten sich teilweise über lange Zeiträume in Deutschland auf und arbeiten hier. Aufgrund ihres illegalen Aufenthaltes vermeiden sie jede Konfrontation mit staatlichen Stellen und fallen somit nicht auf. Dies führt jedoch dazu, dass sie kaum gesundheitliche Einrichtungen wahrnehmen und in ihren Arbeitsverhältnissen oftmals der völligen Willkür ihrer Arbeitgeber bis hin zur Prostitution ausgeliefert sind. Fatal ist zudem, dass Kinder von illegal in Deutschland lebenden Menschen aus Angst vor Entdeckung häufig weder Kindergarten noch Schule besuchen und ihnen aufgrund des fehlenden Aufenthaltsstatus ihrer Eltern ihr Recht auf Bildung vorenthalten wird.

Aus Sicht der FDP muss mit diesem Phänomen differenziert und lösungsorientiert umgegangen werden. Es steht außer Frage, dass die Bundesrepublik Deutschland als Staat sowohl Einreise, Aufenthalt als auch Ausreise von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit regeln muss. Dennoch bedarf es für Menschen ohne Papiere besonderer menschenrechtskonformer Regelungen, um sie vor gesundheitlichen Schäden und Ausbeutung zu schützen.

Die FDP will, dass auch Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsstatus tatsächlich Zugang zu einer medizinischen Grund- und Notfallversorgung bekommen, wie sie das Asylbewerberleistungsgesetz vorsieht. Nur so ist es möglich, Erkrankungen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln und der zunehmenden Ausbreitung von Infektionserkrankungen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Kindern von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss es ermöglicht werden, an Vorsorge- und Impfprogrammen teilzunehmen und ungehindert Kindergärten und Schulen zu besuchen. Um diese Grundrechte zu ermöglichen, müssen sämtliche medizinischen Einrichtungen, Kindergärten und Schulen aus der Meldepflicht des Aufenthaltsgesetzes herausgenommen werden.

Darüber hinaus sind die Kosten humanitärer Hilfe gesamtgesellschaftlich zu tragen. Durch eine zunehmende Vernetzung kommunaler karitativer Initiativen können Synergien entwickelt und die Kosten der humanitären Hilfe reduziert werden.

Zudem muss die Strafbarkeit humanitär motivierter Hilfe im Aufenthaltsgesetz so verändert werden, dass für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die humanitär Hilfe leisten, Rechtssicherheit und Straffreiheit geschaffen wird, gleichzeitig jedoch die Strafverfolgung von Schleusern weiterhin ermöglicht wird.

Zur Bekämpfung von Organisierter Kriminalität wie etwa Menschenhandel und von Ausbeutung sollen Abschiebungen von illegal beschäftigten Ausländern dann ausgesetzt werden, wenn sie als Zeugen bei strafrechtlichen Ermittlungen benötigt werden.

Die FDP strebt mittelfristig eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus von Menschen ohne Papiere an. Sie fordert dazu die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden, die geeignete Maßnahmen erarbeitet, um Menschen aus der Illegalität herauszuholen ohne zusätzliche Anreize für illegale Zuwanderung zu schaffen. Dabei sollten die Erfahrungen anderer Länder wie etwa Frankreich oder Spanien einbezogen werden.

Integration und Religion

Die FDP bekennt sich auch weiterhin zu einer weitgehenden Trennung von Staat und Religion. Dennoch tritt sie für einen intensiven Dialog mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften ein.

Dabei fordern die Liberalen von allen Menschen, die in Deutschland leben, unabhängig vom persönlichen Glaubensbekenntnis die unbedingte Akzeptanz der Grundwerte unserer Verfassung und der aus ihr abgeleiteten Gesetzgebung. Dies gilt auch für den Islam, den die FDP als selbstverständliche und gleichberechtigte Glaubensgemeinschaft versteht. Die Liberalen wissen, dass der Islam sehr unterschiedlich interpretiert wird und das Spektrum von einem betont säkularen bis hin zu einem militanten Verständnis reicht. In der Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus sehen die Liberalen eine der großen Herausforderungen zukünftiger Integrationspolitik, zumal dieser auch aufgrund von fehlender Integration und Identifikation mit der deutschen Gesellschaft in den vergangenen Jahren an Attraktivität gewonnen hat. Das Kernproblem der Auseinandersetzung sieht die FDP darin, dass die Vertreter einer fundamentalistischen islamischen Glaubensinterpretation das islamische Gesetz, die Scharia, über das Grundgesetz stellen. In dieser Konfrontation kann es für Liberale keinen Kompromiss geben. Insbesondere der Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz ist für Liberale unantastbar.

Genau so, wie sie in einem kritischen Dialog von Muslimen wie allen anderen Glaubensgemeinschaften eine unbedingte Anerkennung des Grundgesetzes und der mit ihr verbundenen Werteordnung einfordert, tritt die FDP dafür ein, dass die Gesellschaft Muslimen die Wahrnehmung ihrer Religion ermöglicht. Dazu gehören etwa der Bau von Moscheen, die Einrichtung von Waschgelegenheiten entsprechend der religiösen Bedürfnisse muslimischer Mitbürger in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und die Errichtung islamischer Friedhöfe.

Die FDP unterstützt auch - solange es generell einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht gibt - nachdrücklich die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an den Schulen zu schaffen. Dieser soll in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften und unter Kontrolle der deutschen Schulaufsicht erfolgen.

Der Diskurs über religiös motivierte Integrationshindernisse und Integrationsverweigerung muss offen geführt und darf nicht verharmlost werden. Allerdings tritt die FDP dafür ein, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam nicht dazu benutzt werden darf, Ausländerfeindlichkeit unter dem Deckmantel von Religionskritik gesellschaftsfähig zu machen. Die Liberalen wollen einen fairen Diskurs mit allen Religionsgemeinschaften. Die FDP weiß, dass es auch einer langen Auseinandersetzung mit den christlichen Kirchen bedurfte, um eine weitgehende Gleichberechtigung der Geschlechter zu erkämpfen. Gleiches gilt für die gesellschaftliche Anerkennung und rechtliche Gleichstellung Homosexueller. Auch dieses unter vielen Muslimen als Tabu behandelte Thema muss Teil eines kritischen Dialogs werden.

Auf Bundesebene hat der Dialog der Bundesregierung mit den wichtigsten islamischen Verbänden ein wichtiges Zeichen gegeben. Ein entsprechendes Signal, das Muslime zu unserer Gesellschaft gehören, sollte auch auf kommunaler Ebene gegeben werden. Die FDP regt daher an, vergleichbare Dialogveranstaltungen auch in den Städten und Landkreisen einzuberufen. Hier sollen auf höchster Ebene Chancen und Grenzen eines Wertedialogs ausgelotet und praktische Beiträge der muslimischen Gemeinden für die Integrationspolitik diskutiert werden. Eingeladen werden sollen nicht nur die traditionellen Verbände und Moscheevereine, sondern auch Vertreter eines säkularen Islam bzw. nicht-religiöse Migranten, die aus muslimischen Ländern stammen.

Die FDP begrüßt, dass es heute wieder eine Renaissance jüdischen Lebens in Deutschland gibt. Dabei tragen die jüdischen Gemeinden in vorbildlicher Weise zur Integration von jüdischen Zuwanderern aus Osteuropa bei. Diese Integrationsleistung muss nach Auffassung der Liberalen in den Kommunen unterstützt und in ihrer Vorbildfunktion für andere Integrationsbemühungen öffentlich gewürdigt werden. Gerade angesichts der unvergleichbaren Verbrechen des Holocaust tragen deutscher Staat und Gesellschaft eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Leben. Liberale sehen es daher als ihre Aufgabe an, Antisemitismus in allen Bereichen der Gesellschaft zu bekämpfen. Die FDP hält es dabei für notwendig, dass im Schulunterricht neben der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung auch über das heutige Judentum informiert wird und Jugendlichen somit ein historisch bewusster, aber unverkrampfter Zugang zum Judentum ermöglicht wird.

Gerade aufgrund ihrer strikt säkularen Orientierung kann die FDP Moderator im Dialog unterschiedlicher Religionen sein. Sie regt an, in Kommunen, Ländern und Bund Dialogforen zwischen Christen, Juden, Muslimen, aber auch Angehörigen anderer Religionen, Agnostiker und Atheisten zu gründen, in denen Fragen der Integration erörtert werden.

Integration und Emanzipation

Mit großer Sorge sieht die FDP, dass es in Deutschland eine nicht unerhebliche Zahl von arrangierten Ehen – auch mit Minderjährigen – gibt, die mitunter den Charakter von Zwangsehen haben. Dabei kommt es auch zu sogenannter Heiratsmigration. Von hier lebenden Zuwanderern nachträglich im Herkunftsland geheiratete und dann im Zuge des Familiennachzugs eingereiste Ehepartner befinden sich aufgrund sprachlicher und kultureller Anpassungsschwierigkeiten häufig in vollständiger Abhängigkeit von ihrem Partner. Die neuen Anforderungen im reformierten Zuwanderungsgesetz, bei Ländern mit Visumpflicht das Nachzugsalter von Ehegatten auf 18 Jahre festzusetzen sowie einen simplen Überlebenswortschatz (200 Worte) der deutschen Sprache zur Bedingung zu machen, hält die FDP für unabdingbar. Integrationskurse für Heiratsmigrantinnen müssen insbesondere die unveräußerlichen Menschen- und Freiheitsrechte von Frauen beinhalten, den Umgang mit Behörden, Polizei und Gerichten erklären und auf den Opferschutz hinweisen.

Die Liberalen treten darüber hinaus dafür ein, den gesamten rechtlichen Spielraum zu nutzen, um sowohl unfreiwillige Heiratsmigration als auch Zwangsehen insgesamt zu verhindern. Daher hält die FDP den Beschluss des Deutschen Bundestages, Zwangsheirat zu einem eigenen Straftatbestand zu machen und Opfern von Zwangsheirat bei Verschleppung ins Ausland ein eigenes Rückkehrrecht zu ermöglichen, für einen richtigen und notwendigen Schritt. Weiterhin bedarf es des Ausbaus geeigneter Zufluchtsmöglichkeiten für die betroffenen Frauen.

Oftmals herrscht in Zuwandererfamilien ein patriarchaler Ehrbegriff vor, der zum Teil durch eine selektive Interpretation des Korans bzw. der Scharia, zum Teil aus Tradition begründet wird. Mit diesem Ehrbegriff wird die Abschottung insbesondere junger muslimischer Frauen vom Lebensstil der Mehrheitsgesellschaft begründet. Eine solche Unterdrückung der Freiheitsrechte dieser Frauen ist in einer offenen Gesellschaft nicht hinnehmbar. Daher tritt die FDP dafür ein, dass Jungen und Mädchen aus allen Familien, die in unserer Gesellschaft leben wollen, von Anfang an mit gleichen Rechten und Pflichten erzogen werden. Dies betrifft insbesondere den Schulunterricht. Eine Befreiung von Unterrichtsteilen wie Klassenfahrten, Sport- und Schwimmunterricht oder Sexualkunde aus kulturellen oder religiösen Gründen lehnen die Freien Demokraten kategorisch ab.

Die FDP tritt dafür ein, dass mit breit angelegten Aufklärungskampagnen unter Mitwirkung aufgeklärter Muslime dafür geworben wird, dass nur durch einen gleichberechtigten Zugang für Mädchen und Frauen zu allen Bildungseinrichtungen und durch eine selbst bestimmte Lebensweise eine dauerhafte Integration möglich ist. Dazu bedarf es einer zielgruppenadäquaten Ansprache, die sich an die betroffenen Familien und ihre Umgebung wendet.

Im Rahmen einer solchen Kampagne müssen auch positive Integrationsbeispiele junger Frauen hervorgehoben werden. Dies ist umso wichtiger, da heute insbesondere junge Frauen aus muslimischen Familien nicht nur um die Emanzipation von tradierten Rollen kämpfen müssen, sondern allein aufgrund ihrer Herkunft auch von der Gesellschaft häufig generell als unselbstständig, unaufgeklärt und unterdrückt stigmatisiert werden, selbst wenn sie sich vom traditionellen Rollenverständnis emanzipiert haben.

Aus Sicht der Liberalen kann eine solche Kampagne nur Erfolg versprechend sein, wenn die Rolle von Mädchen und Frauen auf allen relevanten Ebenen wie etwa im Kindergarten, im Schulunterricht, Jugendzentren und Integrationskursen altersgerecht aufbereitet und vermittelt wird und von aufsuchender Sozialarbeit flankiert wird. Die FDP verlangt auch von den organisierten Verbänden der Zuwanderer, sich öffentlich und aktiv zum uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht der Frauen zu bekennen. Die Liberalen fordern eine vielsprachige Telefonhotline mit bundeseinheitlicher Notrufnummer, die auch im Rahmen der Integrationskurse bekannt gemacht wird, an die sich bedrohte Frauen in Situationen von Diskriminierungen jeglicher Art wenden können.

Das Tragen eines Kopftuches oder einer anderen Kopfbedeckung ist für zahlreiche muslimische Frauen Teil ihrer Glaubensauslegung und damit ihrer Persönlichkeit. Andere muslimische Frauen haben sich dafür ent-

schieden, kein Kopftuch zu tragen. Beide individuellen Entscheidungen haben in einer pluralistischen Gesellschaft Respekt verdient und dürfen nicht zur Grundlage von Diskriminierung werden. Klar ist aber auch, dass keine Frau durch Druck dazu gedrängt werden darf, ein Kopftuch zu tragen. Entscheidend ist die innere, freiwillige Entscheidung.

Auf der staatlichen Ebene besteht ein Konflikt zwischen der Religionsfreiheit der Frau, die ein Kopftuch tragen möchte, und der religiösen Neutralität des Staates. Gerade im Erziehungsbereich muss die religiöse Neutralität sich auch auf äußere Symbole beziehen. Dies gilt insbesondere für das Kopftuch, das - wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat - zunehmend auch als ein politisches Symbol des islamischen Fundamentalismus gesehen wird, das die Abgrenzung zu Werten der westlichen Gesellschaft, wie individuelle Selbstbestimmung und insbesondere Emanzipation der Frau, ausdrückt. Deshalb hat die FDP in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern durchgesetzt, dass muslimischen Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuches an öffentlichen Schulen gesetzlich untersagt ist.

Die FDP tritt seit Jahren für eine gleichberechtigte Stellung von Homosexuellen in unserer Gesellschaft ein. In den vergangenen Jahrzehnten sind weitgehende Fortschritte bei Gesetzgebung und gesellschaftlicher Akzeptanz gemacht worden. Diese Veränderungen in der deutschen Gesellschaft müssen auch von Zuwanderern akzeptiert werden. Die bei Zugewanderten aus dem muslimischen Kulturkreis, aber auch unter Russlanddeutschen weit verbreitete Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit muss durch Dialog und Begegnung abgebaut werden. Entsprechende Projekte sind aktiv in die Integrationspolitik aufzunehmen. Projekte, die junge Lesben und Schwule beim Coming-Out unterstützen, sollen auch auf junge Zuwanderer zugeschnitten werden. Von besonderer Bedeutung ist die Prävention von Gewalt, die insbesondere von jungen Zuwanderern an Schwulen verübt wird. Hier sind auch klare politische Signale und gegebenenfalls repressive Maßnahmen erforderlich.

Integration braucht verbindlichen Rahmen und Entwicklung

Die FDP fordert die Landesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf für ein Landesintegrationsgesetz vorzulegen. Dieses Gesetz, das von der CDU/FDP-Koalition bereits vorbereitet worden ist, fasst die integrationspolitischen Zielsetzungen des Landes und die diesbezüglichen Bestimmungen im Landesrecht zusammen. Es ist Grundlage und Rahmen für eine offensive und moderne Integrationspolitik. Zudem wird das gesamte Politikfeld dadurch öffentlichkeitswirksam aufgewertet. Im Zuge dessen sollte auch eine Modernisierung und Durchsicht auf Erforderlichkeit der entsprechenden Vorschriften erfolgen, zum Beispiel des Landesaufnahmegesetzes.

Die Entwicklungen der Integration von Zuwanderern müssen systematisch erforscht werden, damit eine seriöse Integrationspolitik auch an den richtigen Stellen ansetzen kann.

Auf der Ebene des Unterrichts und der gezielten Förderung von Kindern und Jugendlichen aus zugewanderten Familien liegen bislang kaum gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse darüber vor, welche Maßnahmen besonders wirksam sind. Zusätzlicher Forschungsbedarf besteht hier zur Wirksamkeit unterschiedlicher Sprachförderungskonzepte sowie zum Transfer erfolgreicher Ansätze der Integrationsförderung in den Schulalltag und zur Frage, wie die interkulturellen Kompetenzen von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte als positive Elemente in die Unterrichtsgestaltung eingebracht werden können.

Die Statistik muss neben dem ausländischen Pass unbedingt das Kriterium Zuwanderungsgeschichte oder nicht-deutsche Herkunftssprache in ihren Untersuchungen berücksichtigen. Integrationsmaßnahmen müssen wiederum regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, denn nur so kann eine kontinuierliche Verbesserung dieser Maßnahmen erreicht und eine Nachhaltigkeit garantiert werden. Gerade bei der Evaluation von Integrationsmaßnahmen besteht erheblicher Nachholbedarf.

Die FDP unterstützt daher die Realisierung von Studien zur Erforschung von Integrationsthemen wie z. B. zur Bildungssituation der zweiten und dritten Generation im Vergleich oder zum Thema Heiratsverhalten. Hier gilt es insbesondere zu dem sensiblen Themenbereich von Zwangsheirat und arrangierten Ehen belastbare Einschätzungen zu ermitteln. Hinzukommen muss die wissenschaftliche Begleitung und externe wie interne Evaluierung von Integrationsprojekten und Maßnahmen. Die so gewonnenen Erkenntnisse müssen in die Weiterentwicklung von Integrationsprogrammen einfließen.